

Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt

Katrin Budde, Fraktionsvorsitzende



SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt · Domplatz 6 – 9 · 39104 Magdeburg

Personalrat des Universitätsklinikums Halle (Saale)
Magdeburger Straße 24
06097 Halle

per Mail: hans.spannaus@uk-halle.de

Magdeburg, 15. Mai 2014

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätsmedizin Halle (Saale),
sehr geehrter Herr Spannaus,

wir haben Ihren offenen Brief vom 8. Mai 2014 sorgfältig gelesen und nehmen Ihre darin artikulierten Sorgen und Bedenken sehr ernst, wir teilen sie in einigen Bereichen ausdrücklich. So ist es auch aus unserer Sicht wenig hilfreich für das Renommee der Hochschulmedizin in Halle, eine andauernde öffentliche Diskussion über die Situation des Standortes zu führen. Das verunsichert nicht nur sie als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das verunsichert auch die Patientinnen und Patienten sowie die Ärztinnen und Ärzte in der Region, auf deren Kooperation und Vertrauen das Klinikum in hohem Maße angewiesen ist. Es liegt nicht in unserem Interesse, diese Verunsicherung zu erhöhen. Wir wollen gern nach Kräften zu einer Weiterentwicklung der Hochschulmedizin beitragen, an deren Ende ein profilierter Standort ohne wirtschaftliche Defizite steht. Dazu stehen Fakultäts- und Klinikleitung in der Verantwortung, gemeinsam mit den Verantwortlichen auf Landesebene tragfähige Konzepte erarbeiten.

Da ein Fortsetzen der öffentlichen Debatte der letzten Woche und Monate nicht nur zu einer offensichtlichen Verunsicherung in Halle geführt hat, sondern die Erarbeitung eines solchen Konzeptes erheblich erschwert, bitten wir sie um Verständnis, dass wir Ihre Fragen mit der dadurch gebotenen Zurückhaltung beantworten. Uns ist sehr daran gelegen, die Situation besser und nicht schlechter zu machen. Das haben wir auch beim Parlamentarischen Abend zur aktuellen Lage des Universitätsklinikums Halle (Saale) in einem sehr konstruktiven Gespräch gegenüber dem Fakultäts- und Klinikvorstand deutlich gemacht.

Die SPD-Landtagsfraktion hat zudem bereits am 7. Mai 2013 folgenden Beschluss gefasst und veröffentlicht: „Die SPD-Fraktion spricht sich für eine hochschulmedizinische Ausbildung an den beiden Standorten Magdeburg und Halle aus. Dabei muss es für beide Standorte unterschiedliche Entwicklungskonzepte und eine entsprechende Profilierung geben.“ Dieser Beschluss gilt für uns als SPD nach wie vor unverändert.

- Seite 2 -



Auf dieser Grundlage hat der Landtag in seiner Sitzung am 10. Juli 2013 im Antrag „Rahmenbedingungen für Hochschulen in Sachsen-Anhalt sichern“ (LT- Drucksache 6/2252) folgendes beschlossen: „Im Bereich der hochschulmedizinischen Ausbildung wird keine Hochschuleinrichtung komplett zur Disposition gestellt; die hochschulmedizinische Ausbildung wird an den Standorten Halle und Magdeburg fortgesetzt. Die positive Entwicklung des rechtsmedizinischen Institutes ist unter der Maßgabe der Beibehaltung eines Institutes an zwei Standorten weiter zuführen.“

In diesem Zusammenhang hat sich die SPD-Fraktion gegen die Empfehlung des Wissenschaftsrats vom 15. Juli 2013 ausgesprochen, die vorklinische Ausbildung von Halle nach Magdeburg abzugeben. Aus unserer Sicht müssen beide Standorte jeweils für sich entwickelt und profiliert werden. Ohne Vorklinik in Halle wäre dies nicht möglich. Dazu liegen beide Standorte zu weit auseinander und sind regional zu unterschiedlich eingebunden.

Aktuell gibt es jedoch noch keine konkreten Pläne bzw. Entwicklungskonzepte der Landesregierung zur Entwicklung und Profilierung der Universitätsklinik in Halle und Magdeburg. Der zuständige Wissenschaftsminister Möllring hat bis zum Juni 2014 die Aufgabe, gemeinsam mit den Klinika entsprechende Konzepte zu erarbeiten. Sobald dazu ein konkreter und belastbarer Vorschlag vorliegt, werden wir ihn bewerten und selbstverständlich das Gespräch mit beiden Klinika suchen. Bis dahin würden wir es gern vermeiden, den bereits kritisierten öffentlichen Spekulationen durch eigenes Zutun neue Nahrung zu geben. Das wäre beiden Klinikstandorten in keiner Weise zuträglich.

Unabhängig von der strukturellen Entwicklung der beiden Standorte in Sachsen-Anhalt ist uns das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Universitätsklinik in der gesamten Bundesrepublik ebenso bewusst wie ein Dorn im Auge. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat daher auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion bereits am 10. Juli 2013 den Antrag „Aufgabengerechte Finanzierung der Universitätskliniken durch die Krankenkassen“ (LT-Drucksache 6/2251) beschlossen. Darin wird die Landesregierung gebeten, „die Forderungen der Deutschen Hochschulmedizin für einen jährlichen Systemzuschlag für Universitätskliniken zu bewerten“ und „sich auf Bundesebene im Rahmen der von den Bundesländern geforderten Weiterentwicklung des Vergütungsrechts für Krankenhäuser (Entschließung des Bundesrates vom 3. Mai 2013, Drs. 295/13) für eine aufgabengerechte Finanzierung des laufenden Betriebs der Unikliniken einzusetzen“.

Zudem haben wir auch als SPD Sachsen-Anhalt darauf gedrängt, dass die bessere Finanzierung der Universitätsklinik auf Bundesebene angegangen wird. Dazu ist u.a. Folgendes im Koalitionsvertrag im Bund verankert: „Wir werden die besonderen Aufgaben der Universitätskliniken und der Krankenhäuser der Maximalversorgung besser im DRG-System vergüten. Für Hochkostenfälle, die nicht durch Fallpauschalen sachgerecht abgebildet werden können, hat das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus bis Ende 2014 eine geeignete gesonderte Vergütungsform vorzulegen. Leistungen der Hochschulambulanzen werden künftig angemessen vergütet.“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, S.57.) Die Umsetzung dieses Vorhabens würde auch die Situation in Sachsen-Anhalt entschärfen. Wir werden daher weiter darauf drängen, dass Bundesgesundheitsminister Gröhe pünktlich ein entsprechendes Konzept mit den Krankenkassen verhandelt und umsetzt.



In Bezug auf die operativen Sachverhalte aus Ihren Fragen müssen wir auf die Antworten des Ministerpräsidenten Dr. Haseloff verweisen, da wir weder als Fraktion noch als Partei operative oder Aufsichtsfunktionen bei beiden Klinika haben.

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätsmedizin Halle (Saale),
sehr geehrter Herr Spannaus,

uns ist sehr daran gelegen, die beiden Universitätsklinika in Halle und Magdeburg nicht schlecht zu reden, sondern sie weiter zu entwickeln. Es ist im Interesse des Landes, beide Standorte zu erhalten und auf wirtschaftlich gesunde Füße zu stellen, schließlich sichern sie neben der unmittelbaren medizinischen Betreuung der Bürgerinnen und Bürger auch die zukünftige medizinische Versorgung im ganzen Land. Ohne die hochschulmedizinische Ausbildung in Halle und Magdeburg wäre dies nicht möglich. Wir versichern Ihnen daher unseren großen Respekt vor Ihrer täglichen Arbeit und hoffen, dass wir gemeinsam eine tragfähige Lösung für die Zukunft finden.

Hochachtungsvoll



Katrin Budde
Vorsitzendes der SPD-Landtagsfraktion
SPD-Landesvorsitzende

